

Zwischen dem Gewerbe und Bauern tut sich eine Kluft auf

Von **Christoph Aebischer**. Aktualisiert am 27.09.2014 **2** Kommentare

Die Vorlage zum Baugesetz findet bei Rot-Grün Anklang und fällt bei Bürgerlichen durch. Ganz so klar sind die Lager aber nicht: Bei den Bauern stösst die Regierung auf offene Ohren.



Peter Sommer, Geschäftsführer des Kantonal-Bernischen Baumeisterverbands, und Jörg Rüeegsegger, Präsident des Berner Bauernverbands Lobag, nehmen Stellung zur Vorlage des Baugesetzes.

Bild: zvg

Artikel zum Thema

Teilen und kommentieren

Für die einen «Planungswirtschaft pur», für die anderen «in die richtige Richtung» gedacht: Das teilrevidierte Baugesetz spaltet die Meinungen. Dies zeigt ein erster Blick auf die Eingaben zur gestern beendeten Vernehmlassung. Rechts weist den Vorschlag zur Überarbeitung zurück, links

begrüsst ihn. Dennoch zeigen sich Zwischentöne: Die Kritik kommt aus Gewerbekreisen, Bauern hingegen können der Stossrichtung durchaus Positives abgewinnen.

Bauern aus Sorge um ihr Land

Dies bestätigt Hans Jörg Rüegegger, Präsident des Berner Bauernverbands Lobag: «In einigen Punkten geht uns die Vorlage sogar zu wenig weit», sagt er. Insbesondere fehlt ihm die neue Denkweise, die das revidierte Raumplanungsgesetz auf Bundesebene impliziert: Dieses verlangt einen schonenden Umgang mit dem Boden und eine Entwicklung der Siedlungen gegen innen. Für Rüegegger müsste deshalb statt einer höchsten Ausnützung beim Bauen das Mindestmass festgelegt werden. Ein solches fehlt aber nach wie vor.

Die Bauern kämpfen vereint mit Grünen und BDP für einen besseren Schutz des Kulturlands. In einer gemeinsamen Stellungnahme sieht das Komitee die Ziele der eingereichten Initiative als zu wenig berücksichtigt.

Der Griff in den Giftschränk

Für Peter Sommer, Geschäftsführer des Kantonal-Bernischen Baumeisterverbands, schießt der Vorschlag dagegen «weit übers Ziel hinaus». Statt einfacher werde das Bauen komplizierter. Das bedeute nebst höheren Kosten auch eine Erschwernis der baulichen Verdichtung. «Neben einer Überbauungsordnung zusätzlich einen Architekturwettbewerb zu veranstalten, macht für den FDP-Grossrat Sommer keinen Sinn. Er vermisst auch Abstriche bei den umfangreichen Einsprachemöglichkeiten.

Rüegegger, der für die SVP im Grossen Rat sitzt, weiss, dass er als Bauer in dieser Frage nicht die Haltung seiner Partei vertritt: «Ich will Verbandspolitik von Parteipolitik trennen», sagt er. Die SVP befindet sich nämlich klar auf der Linie des Gewerbes: Für den Gewerbeverband Berner KMU atmet der regierungsrätliche Vorschlag den Geist von Planwirtschaft, für den kantonalen Handels- und Industrieverein greift man mit dem Instrument der Enteignung, falls jemand sein Bauland nicht freigeben will, in den «eigentumspolitischen Giftschränk». Ebenso sieht es die FDP. Vereint mit der SVP, lehnt man auch die Einführung einer Lenkungsabgabe für Zweitwohnungen kategorisch ab. Im Frühjahr 2013 überwies jedoch der Grosse Rat eine Motion, welche die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage fordert.

Dasselbe Bild bei Zusatzfragen

Das Bild zum Baugesetz wiederholt sich bei den von der rot-grünen Regierung zur Diskussion gestellten Zusatzfragen: Eine Verlegung der Planungshoheit weg von den Gemeinden näher zum Kanton sehen die Bürgerlichen nicht. Das Abschöpfen des Planungsmehrwerts über das vom Bund vorgegebene Minimum von 20 Prozent lehnen sie ebenfalls ab. Insbesondere kommt für sie nicht infrage, die Einkünfte an den Kanton abzutreten.

Kompromissbereiter gibt sich die BDP. Deutlich positiver tönen GLP und EVP. SP und Grüne ermuntern die Regierung sogar, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. Bei der Frage, wer planen soll, finden sich die Bauern erneut auf dieser Seite wieder. Für Lobag-Präsident Rüegegger ist klar, dass die Planung überkommunal stattfinden sollte. Die ideale Lösung liege aber noch nicht auf dem Tisch. Wichtig sei, dass sich die Bevölkerung weiter einbringen könne. (Berner Zeitung)

Erstellt: 27.09.2014, 13:20 Uhr

Alle Kommentare anzeigen